

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Landbote. 1849-1934 1923**

59 (23.5.1923)



Ercheint  
Montag, Mittwoch und  
Freitag.

Bezugs-Preis:

Durch die Post bezogen und durch  
den Briefträger u. andere Zusteller  
ohne Beleggeld  
monatlich 2700.— Mk.

Der Bezugspreis ist im Voraus zu  
entrichten.  
In Fällen von höherer Gewalt be-  
steht kein Anspruch auf Lieferung der  
Zeitung oder auf Rückzahlung des  
Bezugspreises.

Geschäftszeit 8-5 Uhr, Sonntag  
geschlossen.

Fernsprechanstalt, Nr. 11.

Postfach-Konto  
Karlsruhe Nr. 6908.

# Der Landbote

Sinsheimer



Zeitung

General-Anzeiger für das

Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen-Preise:  
Anzeigen: Die 42 mm breite  
Millimeter-Zeile 60.— Mk.  
Reklamen: Die 87 mm breite  
Millimeter-Zeile 180.— Mk.  
Anzeigen mit Beklebung oder  
Auskunft 180.— Mark Sonderbe-  
zugung. Alle Preise freibleibend.  
Grundschrift in Anzeigen- und  
Textteil ist Petit.  
Bei Wiederholungen tarifreter  
Kadett, der bei Nichtzahlung inner-  
halb 8 Tagen nach Rechnungs-  
datum oder bei gerichtlicher Be-  
treibung und bei Konkurs erlischt.  
Nachdruckverwehungen werden nicht  
erkannt und für Aufnahmen an  
bestimmten Tagen sowie für tele-  
fonische Aufträge keine Gewähr  
übernommen.  
Anzeigen-Aufnahme bis 8 Uhr  
vormittags; größere Anzeigen müssen  
am Tage vorher aufgegeben werden

Nr. 59.

Mittwoch, den 23. Mai 1923.

84. Jahrgang

## Die Gedenkfeier des Frankfurter Parlaments.

Am 18. Mai fand in Frankfurt a. M. die Erinnerungs-  
feier an die Eröffnung des Frankfurter Parlaments, der sog.  
Paulskirche, am 18. Mai 1848 statt. Es hatten sich dazu  
in Frankfurt eingefunden der Reichspräsident, der Vorsitzende  
des Reichsmilitärkommissars, die Reichsminister Dezer, Brauns,  
Gehler, ein Vertreter des Auswärtigen Amtes, die Präsidenten  
des Reichstags Bell und Kießer, der preussische Ministerpräsident  
und mehrere preussische Minister, eine Anzahl Reichstagsabge-  
ordnete, der Präsident des preussischen Landtags und eine Anzahl  
Landtagsabgeordnete. Der Reichskanzler ist im letzten Augenblick  
durch die politische Lage verhindert, wird aber ein Schreiben  
überreichen und verlesen lassen. Auch Minister und Parla-  
mentarier der Länder nehmen teil. Schon am Donnerstag vorm.  
10 Uhr wurde eine österreichische Parlamentsordnung unter der  
Selig, befindend, im „Römer“ durch Oberbürgermeister Dr. Voigt  
begrüßt, der in seiner Ansprache an das Wort Uhlands erinnerte,  
daß Österreich nicht allein die Laterne für den Osten sei, sondern  
in weit höherem Maß berufen sei, die Pulsader am Herzen  
Deutschlands zu sein. Die Geschichte sei zwar einen anderen Weg  
gegangen, als man damals gehofft habe, aber die Sympathie  
zwischen den beiden Völkern sei geblieben. Mit besonderer  
Wärme hob der Oberbürgermeister die engen Beziehungen her-  
vor, die stets zwischen der Stadt Frankfurt und Österreich  
bestanden zu Wien, bestanden haben. Präsident Selig gab in  
seiner Antwort dem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck,  
daß es 1848 nicht zu dem ersehnten Großdeutschland gekom-  
men sei. Gerade in der jetzigen Zeit, in der Deutschland  
unter einem so starken Druck stehe, nehme Österreich den leb-  
haftesten Anteil an seinem Geschick. Das Glück der beiden  
Länder bedinge es, daß die Zukunft sie aneinander schliesse.  
Am Abend vorher fand ein feierlicher Begrüßungsakt zu  
Ehren der hohen Gäste statt, den O.B.M. Voigt mit warmen  
Begrüßungsworten einleitete, und wobei

Reichspräsident Ebert

folgende Rede hielt:

Dem Herrn Oberbürgermeister und der Stadt Frankfurt  
danke ich dafür, daß sie trotz der schmerzlichen Sorge dieser  
Tage uns zur heutigen Feier hier versammelt haben zu einer  
stillen Stunde der Erinnerung an die Vorkämpfer deutscher Ein-  
heit und deutscher Freiheit. Ganz besonders danke ich Ihnen,  
Herr Oberbürgermeister, auch für die Worte der Zuversicht, die  
Sie aus dem geschichtlichen Werden unseres Volkes geschöpft  
haben. Wir haben sie als Gruß Ihrer alten, berühmten Stadt  
freudig und mit voller Ueberzeugung aufgenommen. Die Zeit,  
die wir erleben, ist nicht berufen, Feste zu feiern; aber gerade  
die gegenwärtigen schweren Anschläge und Anstürme unserer  
Gegner gegen unsere nationale Einheit und den Bestand des  
Reichs müssen uns besonderen Anlaß geben, des Zusammentritts  
der ersten deutschen Nationalversammlung und jener Tage in  
Dankbarkeit zu gedenken, in denen das deutsche Volk sich dazu  
aufraufte, sein Geschick und sein Leben in die eigene Hand zu  
nehmen. In den Freiheitskriegen hatte das deutsche Volk in  
freiwilliger und bewusster Hingabe an den Gedanken einer  
deutschen Nation sich die äußere Freiheit errungen. Sein Streben  
nun auch aus der deutschen Vielstaaterei zum nationalen Staat  
auf freierlicher Grundlage zu gelangen, scheiterte an dem Wider-  
stand der deutschen Fürsten, dem nationalen Gedanken ein Opfer  
an Souveränitätsrechten zu bringen. Treulich bewahrte trotz  
allem das deutsche Volk seit dem Freiheitskrieg im Zeichen  
des schwarz-rot-goldenen Banners das Ideal der Einheit der  
deutschen Stämme und der inneren Freiheit. In der großen  
Volksbewegung, die 1848 wie andere Nationen auch die deutsche  
erfasste, sollte an dieser Stätte der Volksstaat des einigen  
und freien Deutschlands Verwirklichung finden. Zum erstenmal  
ging aus allgemeinen Wahlen des ganzen deutschen Volkes eine  
Vertretung Deutschlands hervor: die Nationalversammlung. Die-  
ser ersten Nationalversammlung gelang es, die Grundrechte  
des deutschen Volkes und die Verfassung des einigen Deutschen  
Reichs zu schaffen. Aber es gelang ihr nicht, das Reich selbst  
aufzurichten. Dazu fehlten ihr die realen Machtmittel. Am  
Geiste der Kleinstaaterei scheiterte ihr nationaler Wille. So  
wurde die Arbeit der Paulskirche nicht Wirklichkeit. Sie ist  
aber ein Denkmal geworden, der weit und sichtbar hinträgt  
in die weitere Entwicklung des staatlichen Lebens der Nation,  
in die Zeit der Gründung des Reichs, wie in die schweren Zeiten  
unserer neuesten Geschichte. Dann als wiederum, 70 Jahre  
später im Winter 1918—19 das deutsche Volk gezwungen war,  
sein Geschick selbst in die Hand zu nehmen, sein Staats-  
wesen in den Nöten der Zeit neu aufzubauen, führte uns die  
Arbeit von Weimar zur Frankfurter Paulskirche zurück zu  
den Leitgedanken, die einst an dieser Stätte geboren sind.  
So schwingt sich über unsere guten und bösen Tage hinüber das  
Band, das uns Deutsche von heute mit denen der ersten National-  
versammlung verbindet. Einheit, Freiheit und Vaterland —  
diese drei Worte, jedes gleich wichtig, waren der Leitstern, unter  
dem die Paulskirche stand. Sie sind auch Kern und Stern  
des Daseinskampfes, den wir heute an Rhein, Ruhr und Saar  
führen müssen. Dort stehen wir in entschlossener Abwehr, um  
das einige Reich, um unsere Freiheit zu erhalten. Dort kämp-  
fen alle Volksgenossen mit äußerster Hingabe für den Staat  
des deutschen Volkes. Diesen Geist der Einheit, der Frei-  
heit, und des Rechts, der uns auch in dieser tiefsten Not be-  
wegt, wollen wir bewahren. Er soll und wird uns einer bes-  
seren Zukunft entgegenführen. In dieser Zuversicht grüße ich

im Namen des in seinen Stämmen einigen Reichs, gestützt  
auf die Weimarer Verfassung, namens der deutschen Republik  
diese, die Erinnerung des ersten deutschen Parlaments geweihte  
Versammlung.

Sodann erging sich in längeren Ausführungen Alfred Weber  
über diesen Gedenktag der deutschen Geschichte.

### Neue Wege in der Reparationsfrage.

Innerhalb der Reichsregierung haben Samstag vormittag  
wieder Besprechungen über die Reparationsfrage stattgefunden.  
Irgendwelche Beschlüsse sind, soweit Mitteilungen amtlicher Stel-  
len vorliegen, noch nicht gefaßt worden. In politischen Kreisen  
ist in den letzten Tagen vielfach davon die Rede, daß die Ent-  
schlüsse der Reichsregierung eventuell auch zu einer ganz neu-  
artigen Formulierung einer Lösung des Reparationsproblems  
führen könnten, zumal auch, offenbar unter Einfluß ihrer Re-  
gierungen, in der englischen und französischen Presse in den  
letzten Tagen neuartige Pläne zur Erledigung des Reparations-  
problems erörtert werden. Man hält, dem „Tag“ zufolge, in  
politischen Kreisen es für nicht ausgeschlossen, daß die Reichs-  
regierung bei nächster Beurteilung der Lage sich dazu ent-  
schließen wird, den Plan einer internationalen Anleihe auf-  
zugeben, zumal Frankreich von diesem Gesichtspunkt aus das  
Reparationsproblem ganz besonders mit der Gewaltpolitik ver-  
knüpft hat. Daneben läßt sich natürlich nicht verkennen, daß  
Deutschland auf jeden Fall ohne langfristiges Moratorium zu  
irgendwelchen Zahlungen überhaupt nicht in der Lage ist.  
Es scheint festzustehen, — und man möchte einer solchen Tat-  
sache in Berlin Rechnung tragen —, daß Frankreich und  
England den Gedanken einer anderen Lösung der Reparations-  
frage in den Vordergrund gestellt haben. Nach einem Pariser  
Bericht der „Times“ wendet man sich in französisch-  
politischen Kreisen jetzt ganz von dem Gedanken einer  
großen Anleihe Deutschlands ab und neigt mehr dem Plane zu,  
daß Deutschland einen Teil der Lasten der französischen Staats-  
schulden übernehmen soll, und zwar nicht allein der äußeren  
Schulden, sondern auch der inneren Schulden. Frankreich muß  
von seinen Staatseinkünften, die auf ungefähr 23 Milliarden  
Franken geschätzt werden, fast 13 Milliarden für Zinsen und  
Tilgung verwenden. Die deutschen Reparationszahlungen sollen  
nun nach dem neuesten Plane dazu benutzt werden, durch regel-  
mäßige Jahresraten einen Teil der Gesamtverschuldungen des  
französischen Staatsschatzes abzulösen. Hieraus sieht man, wie  
die Pariser Regierung versucht, eine englische Anregung zur  
Ablenkung der Reparationspolitik von unerlösbaren Zielen  
schleunigst in französischem Sinne umzubringen und auszubenten.

### Frankreich für alliierte Sachverständige.

London, 18. Mai. Der Pariser Berichterstatter der „Times“  
meldet: Infolge der Annäherung des französischen an den eng-  
lischen Standpunkt erwartet Frankreich jetzt von Deutschland  
ein Angebot, das so beschaffen sein wird, daß eine Ansprache  
unter den Alliierten nicht mehr zu umgehen sei. Man sei in  
Paris bereit, dem englischen Gedanken Rechnung zu tragen,  
Deutschlands Zahlungsfähigkeit durch Sachverständige abschätzen  
zu lassen, um den Schein zu wahren, daß Frankreich nicht auf  
seinem Standpunkt beharren wolle, nach dem die Alliierten  
souverän zu bestimmen hätten, was Deutschland zahlen müsse.  
So werde man wahrscheinlich den Ausweg finden, die Re-  
parationskommission zu beauftragen, einen alliierten Sachverständigen  
einzusetzen, der den Auftrag hat, über die deutsche Zah-  
lungsfähigkeit der Reparationskommission zu berichten.

### Weiterarbeit an der deutschen Note.

Berlin, 22. Mai. Während der Pfingsttage ist von den  
hier verbliebenen Ministern und den beteiligten Ressorts an  
der Vorbereitung der neuen deutschen Note weiter gearbeitet  
worden. Die Reisen des Reichskanzlers nach Hamburg und  
des Außenministers nach Bayern — beide sind heute nach Berlin  
zurückgekehrt — haben gleichfalls nicht feiertäglicher Erholung  
gedient, sondern politischen Zwecken, deren Ergebnis in den be-  
vorstehenden endgültigen Entschlüssen über Inhalt und Form der  
deutschen Note in Erscheinung treten wird. Der durch den Rück-  
tritt Bonar Law herbeigeführte Wechsel in der Leitung des  
englischen Kabinetts wird bedauerlicherweise wohl eine Ver-  
zögerung in der Abgabe der deutschen Antwort nötig machen,  
da man hier vorher die Richtung kennen lernen will, in der  
sich gewisse neue Strömungen nach der Erneuerung des Nach-  
folgers zeigen könnten. Wird die Position Lord Curzons durch  
die Uebernahme des leitenden Postens gestärkt, so bedeutet  
das, zugleich für uns eine Vereinfachung da seine Anregungen  
dem deutschen Angebot und auch der neuen deutschen Note zu  
Grunde liegen.

### Deutschlands Verbindlichkeiten an Amerika.

Washington, 21. Mai. Der gemischten Kommission die zur  
Feststellung der aus dem Krieg herrührenden Verbindlichkeiten  
Deutschlands eingesetzt wurde, ist jetzt eine Aufstellung dieser  
Verbindlichkeiten zugegangen. Sie umfaßt sowohl Ansprüche  
der Bundesregierung wie auch solche für amerikanische Staats-  
bürger und gibt den Gesamtbetrag der Forderungen mit an-  
nähernd 1 1/2 Milliarden Dollar an. Die Forderungen der Re-  
gierung betragen 366 Millionen Dollar. Der kleinste Betrag  
unter den insgesamt 12 416 Anspruchsmeldungen stellt sich auf  
einen Dollar. Unter den Privatansprüchen stehen die Forder-  
ungen im Zusammenhang mit dem Untergang der „Lusitania“

an der Spitze der Liste. Sie beziffert sich auf mehr als 22  
Millionen Dollar. Diese Forderungen werden von der ge-  
mischten Kommission an erster Stelle behandelt.

### Die türkisch-griechischen Differenzen.

Lausanne, 20. Mai. Die türkische Abordnung veröffent-  
licht in Verantwortung der griechischen Rundgebung eine längere  
Mitteilung, in der sie Punkt für Punkt die griechischen Argu-  
mente in der Reparationsfrage zurückweist und für den Fall,  
daß eine Einigung über die Höhe der von Griechenland an  
die Türkei zu zahlenden Reparationsschuld nicht erzielt  
werden kann, vorschlägt, diese Summe durch einen Schiedspruch  
festsetzen zu lassen.

### Dollar-Geschichten.

Paris, 22. Mai. Wie der New York Herald aus Wa-  
shington berichtet, ist lebhaftes Interesse durch Nachrichten erweckt  
worden, wonach Deutschland über ein Guthaben in den Ver-  
einigten Staaten verfüge in Form von Goldbeständen von einer  
Milliarde Dollar, die auf Abruf zurückgezogen werden könnten,  
so daß die amerikanischen Bankiers, wenn sie diese Zurück-  
ziehung verhindern wollten, gezwungen wären, Deutschland eine  
große Anleihe zu gewähren. Indessen wird die angegebene  
Höhe des deutschen Guthabens stark bezweifelt. Mr. Grosvenor  
Jones vom Außen- und Innenhandelsbüro, der den Stand  
der Goldvorräte in den Vereinigten Staaten studiert hat, er-  
klärte, der genaue Betrag der deutschen Bestände oder Gold-  
wertigkeiten, die Deutschland in den Vereinigten Staaten  
angesammelt habe, ließe sich zwar nicht abschätzen, er halte ihn  
aber nicht für höher, als 500 Millionen Dollars, eher für  
niedriger. Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß ein so-  
maliger deutscher Versuch, das Gold zurückzuführen, ein so-  
fortiges Anziehen des amerikanischen Marktes zur Folge hätte,  
bezweifelt Jones, daß es irgend einem Lande aus diese Weise  
möglich wäre, in angemessener Zeit auch nur 250 Millionen  
Dollars in den Vereinigten Staaten aufzubringen. Dagegen  
habe eine offizielle Persönlichkeit des Schatzamtes bei Be-  
sprechung der gleichen Möglichkeit die überraschende Erklärung  
abgegeben, daß die amerikanischen Bankiers es begrüßen wür-  
den, Deutschland mindestens zwei Milliarden Dollars zu leihen,  
wenn die Reparationsfrage geregelt und ausreichende Sicher-  
heiten geboten würden.

### Das Ruhrproblem.

#### Poincares Phantasien.

Essen, 10. Mai. Poincare hat in den Ausschüssen des  
Parlaments die Ergebnisse des Ruhrereignisses in den rosigsten  
Farben geschildert. Er behauptete, daß alles ausgezeichnet funk-  
tioniere. Zu diesen Phantasien wird aus gut informierten  
Kreisen des Ruhrgebietes bemerkt: Der Bericht Poincares gibt  
ein durchaus unzutreffendes Bild der gegenwärtigen Lage im  
Einbruchgebiet. Man gibt sich hier keinen Aufschüben hin.  
Jedoch ist so viel sicher, daß die Franzosen bis jetzt die Be-  
setzung an der Ruhr nicht produktiv zu gestalten vermochten.  
Absolut unsinnig ist die Behauptung, daß die Kohlen- und  
Koksmengen, die von den Halben abgefordert werden, zurzeit  
die Tonnenzahl erreicht hätten, die Deutschland vor der Besetzung  
lieferte. Außer dem Abtransport von Halbenbeständen wird im  
übrigen das Ruhrgebiet französischerseits ausgebeutet durch die  
Wegnahme von staatlichen Geldern und Privatgeldern der Reichs-  
bank, sowie von Lohngebern der großen Werke. Zu dem  
Raub von Erzeugnissen einzelner Fabriken kommt die Weg-  
nahme von Waren, die wegen Nichtentrichtung der Einfuhr-  
zölle in französische Hände fielen, die willkürliche Beschlagnahme  
von Kraftwagen, die Eintreibung der von den Kriegesgerichten  
verhängten Geldstrafen und der den Gemeinden und Bezügen aufer-  
legten Sühnezahlungen, sowie die Einbehaltung des Hausrats  
der Ausgewiesenen. Die Behauptung Poincares, daß durch die  
französischen Maßnahmen im Ruhrgebiet eine Periode der Sta-  
bilisierung erzielt worden sei, entspricht in keiner Weise den  
Tatsachen. Richtig ist dagegen, daß in der gegenwärtigen Periode  
die Franzosen im Begriff sind, die bisherige Planlosigkeit  
ihrer Maßnahmen durch ein kombiniertes System zu ersetzen,  
in dem politische und wirtschaftliche Druckmittel gleichzeitig und  
mit aller Schärfe zur Anwendung kommen sollen. Die Gewalt-  
maßnahmen werden keineswegs unterschätzt. Der Druck der  
Besetze ist für jeden Einzelnen fühlbar geworden. Dementsprechend  
wird jetzt auch die friedliche Waffe der passiven Abwehr von  
jedem einzelnen strenggemäß angewendet. Das kombinierte System  
der französischen Gewaltmittel hat eine verbreitete Abwehr-  
front der gesamten Bevölkerung zur Folge gehabt, die durch die  
französischen Anstrengungen nicht erschüttert sondern gefestigt  
worden ist.

#### Ein Waffenstillstandsplan für das Ruhrgebiet.

London, 18. Mai. Dem Pariser Berichterstatter der „Times“  
zufolge wurde in den Wandelgängen der französischen Kammer  
der Waffenstillstandsplan für das Ruhrgebiet erörtert. Nach der  
Ansicht des Berichterstatters würde dieser sogenannte „Waffen-  
stillstand“ dazu führen, daß das nächste deutsche Angebot erster  
geprüft werde. Von besonderem Interesse sei es, daß einer der  
französischen Deputierten der über diesen Gedanken gesprochen  
habe, ein Industrieller sei, der, wie angenommen werden könne,  
über die deutschen Absichten besonders gut unterrichtet sei.  
Der Berichterstatter faßt die Bedingungen dieses Waffenstill-  
standes, der allen formellen Erörterungen vorausgehen würde,  
versuchsweise in folgende vier Punkte zusammen:

1. Deutschland müsse seinerseits alle Erasse und „Ge-  
heimanweisungen“ zurückziehen, die die Einstellung der Arbeit  
durch die Bergarbeiter und Eisenbahner sowie die Weigerung  
der Mitwirkung deutscher Beamter im Ruhrgebiet zum Zwecke  
hätten;



2. Die Arbeiter und Beamten müßten ihre gewohnten Aufgaben wieder aufnehmen und dürften gemäß dem Versailler Vertrag den geschuldeten Kohlenlieferungen keine Obstruktion entgegenzusetzen;

3. Frankreich müsse „seinerseits“, während es seine Truppen oder Angehörigen nicht zurückziehe, eine „rein überwachende Haltung einnehmen“, und, soweit wie möglich, die Besetzung mehr passiv als aktiv gestalten;

4. die Wiederherstellung des normalen industriellen und zivilen Lebens im Ruhrgebiet müsse fort dauern bis zu dem Augenblick, wo eine Regelung zustande komme oder der Versuch einer Regelung wieder aufgenommen werde.

Der unmögliche Waffenstillstand.

London, 18. Mai. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ weist daraufhin, daß die eigentlichen Schwierigkeiten bei den Verhandlungen darin bestehen dürften, ein vernünftiges Uebergangssystem für das Ruhrgebiet zu erreichen. In den alliierten Kreisen seien die Meinungen darüber geteilt, ob es richtig sei, Waffenstillstandsbedingungen gleich mit Beginn der Reparationsverhandlungen zu besprechen oder zuerst unter dem Status quo zu verhandeln, bis eine Grundlage der Einigung über die Lösung der Reparationsfrage erzielt sei.

Zwecklosigkeit der Besetzung chemischer Fabriken.

Köln, 21. Mai. Die belgische Besetzung, die vor einigen Tagen die chemischen Fabriken Walter ter Meer in Uerdingen besetzt hatte, wurde wieder zurückgezogen. Die Arbeit ist im ganzen Betrieb wieder aufgenommen worden. Nach einer Meldung des Düsseldorfer Korrespondenten der Times dürfte den Franzosen aus der Besetzung der Höchstler Farbwerke und der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen kein sehr großer Nutzen erwachsen. Wie der Berichterstatter seinem Blatt meldet, ist ihm von einem englischen Fachmann erklärt worden, daß die Chemikalien gewöhnlich erst kurz vor ihrer Verwendung gebrauchsfähig gemacht werden und daß die Franzosen mit den beschlagnahmten chemischen Stoffen nichts werden anfangen können. Ein deutscher Fachmann hat dem Berichterstatter diesen Sachverhalt bestätigt und hinzugefügt, daß die Franzosen statt der Soldaten eines Heeres von Chemikern bedürften, wenn sie die beschlagnahmten Chemikalien verwerten wollten.

Mißglückter Putzversuch der Smeets-Anhänger.

Trier, 20. Mai. Gestern vormittag drangen, während die Belegschaft des städtischen Elektrizitätswerks eine Betriebsversammlung abhielt, größere Abteilungen von Smeets-Anhängern, an ihrer Spitze die Smeetsführer Marzen, Keuter, Gerhards und Lehnert in das Elektrizitätswerk ein. Die teils mit Revolvern ausgerüsteten Putzschichten, von denen die oben genannten im Dienst der Franzosen stehen, bemächtigten sich gewaltsam der Telefonzentrale, vertrieben das Personal und gingen in die Büros, aus denen sie den Direktor Blechmann mit vorgehaltenen Revolvern vertrieben. Die rasch herbeigeeilte Polizei warf die Verräterbande schleunigst aus dem Werk hinaus. Angesichts der sich alsbald in der Umgebung des Elektrizitätswerks ansammelnden Arbeitermassen aus den benachbarten Betrieben hielten die Smeetsanhänger es für geraten, sich aus dem Staube zu machen und auf den beabsichtigten Putz heute zu verzichten. Wie inzwischen weiter bekannt wurde, beabsichtigten die Eindringlinge, radikale Teile der Arbeiterschaft aus dem Elektrizitätswerk zu sich herüberzuführen, um mit deren Hilfe im Demonstrationszuge durch die Stadt zu ziehen, sich der öffentlichen Gebäude zu bemächtigen und die Rheinische Republik auszurufen. Bemerkenswerterweise war den Anführern von den Franzosen die Abhaltung eines Demonstrationzuges geflattet worden, ohne daß der Stadt und ihren Polizeibehörden Mitteilung gemacht worden wäre.

Das schuglose Frankreich.

Am 16. Mai hat Loucheur in Vincennes wiederholt, was er vor 2 Monaten in Grenoble aus sprach: Frankreich brauche Sicherheiten gegen einen deutschen Angriff, da der Schutzvertrag mit England und Amerika nicht zu Stande gekommen sei, und diese Sicherheit müsse in der Lostrennung der Rheinlande von Preußen bestehen; dem Preußen sei der Krieg. Es wird also von einem Mann, der sonst als wirtschaftlich eingestellt und deshalb als nicht so hoffnungslos hinverbrannt wie die Tardieu und Poincare gilt, mit kaltem Blut die Forderung erhoben, daß der Friede von Versailles trotz aller seiner grausamen Härten nicht genüge, daß er ein Fegens Papier

sei, an den sich das vor Preußen zitternde Frankreich einfach nicht binde.

Das vor Preußen zitternde Frankreich — es genügt ihm nicht, daß wir nur 100 000 Mann Soldtruppen haben, daß wir auf dem linken und rechten Rheinufer keine Festungsanlagen besitzen, daß wir keine schwere Artillerie, keine Luftflotte haben dürfen. Frankreich hat zwar die allgemeine Wehrpflicht mit 18 monatlicher Dienstzeit; es hat ein Kriegsheer von mehreren Millionen; es kann 100 000 Mann nach Mainz, Koblenz und Köln, 150 000 an die Ruhr werfen, ohne sich dabei zu entblößen; es hat Verträge mit Polen und der Tschechoslowakei, kraft deren diese durch den Raub von 5 Millionen Deutschen groß gefütterten Staaten automatisch gegen uns los schlagen, sobald Frankreich den Finger hebt, wie Jagdhunde, die an der Leine winseln, gierig dem Wild die Zähne ins Fleisch zu schlagen. Deutschland ist durch den Frieden von Versailles so herunter gebracht, daß seine Mark völlig entwertet ist, daß, alte seine Ersparnisse vernichtet sind, daß Leute, die vor dem Krieg bequem von ihren Zinsen leben konnten, heute von diesen Zinsen kaum mehr einen halben Zentner Kohlen kaufen können, daß Hunderttausende Deutscher kein gutes Hemd auf dem Leib tragen, daß in Berlin das fünfte Kind wegen Unterernährung zum Schulbesuch unfähig ist. Tut alles nichts; wir müssen noch mehr ruiniert werden; es sind immer noch 20 Millionen Deutsche zu viel auf der Welt — Frankreich zittert.

Da darf man doch den Stil umdrehen und fragen: was soll dann erst Deutschland an Sicherheiten fordern, das wehrlos zugehen muß, wie an der Ruhr und am Rhein ein Tyrannentum regiert sich ausstobt, wie die Weltgeschichte noch keines gesehen hat? Hier liegt der Hase im Pfeffer; wir brauchen Schutz und Sicherheit und wir könnten fordern, daß das Elsaß, das unser König Wilhelm I. 1854 gegen Bismarck als das unentbehrliche Bollwerk für Süddeutschland erklärte, von Frankreich losgetrennt und seiner Mutter zurückgegeben wird; wir könnten verlangen; daß auch der Festungsgürtel, der uns bedroht, geschleift wird! Aber da heißt es in Paris: halt Bauer, das ist ganz was anderes, und in demselben Europa, das sich gegen uns durch Lügen aufbehen ließ, sieht alles den veränderten Tatsachen gemüßigt und gelassen zu, die sich vor aller Augen abspielen, vor denen aber die jartobessaiten Hüter der Zivilisation und Menschlichkeit gerade die Augen schließen, statt sie recht aufzutun. Es wäre aber gut, wenn unsere Regierung einmal die Frage antlich anhängig machte, wer heute bedroht ist und wer Sicherheiten braucht. Gott Lob, daß wir eine Sicherheit noch haben: die Treue unserer Brüder am Rhein, die jetzt vor einem Jahr am 27. April in Königswinter laut verkündet haben, daß sie von Deutschland nicht lassen, aber auch nicht von Preußen! Wir alle von den Alpen bis zum Meer sind desselben Sinnes, und die deutsche Treue wird nicht wanken. Herr Loucheur, Sie heißen auf Granit!

Franzosenchieberei in Mannheim.

Ein Mannheimer Polizist von Franzosen erschossen. Ein Zwischenfall, der aufs Neue das brutale Vorgehen der Franzosen im neubesetzten Gebiet zeigt, hat sich vorgestern in Mannheim ereignet. Da die Franzosen behauptet hatten, ihre Wache am heffischen Bahnhof sei von Kindern mit Steinen beworfen worden, hatte die Polizeidirektion Mannheim auf dem rechten Neckarufer bei der Friedrichsbrücke einen Polizeiposten aufgestellt, um derartige Ausschreitungen zu verhindern. Der Beamte, Polizeiwachmeister Karl Traub, ist nun von den Franzosen, obwohl er auch in ihrem eigenen Interesse seinen Dienst verfahren, verhaftet worden. Als er von französischen Soldaten abtransportiert wurde, versuchte Traub zu fliehen, er sprang in einen Kahn im Neckar und von da ins Wasser. Die Franzosen gaben auf den im Neckar schwimmenden Mann etwa 10 Schüsse ab, die ihn so schwer verletzten, daß er unter sank. Er wurde von den Franzosen aus dem Wasser geholt und nach der Hildeschule verbracht. Die Polizeidirektion Mannheim sandte sofort ein Sanitätsauto mit einem Arzt in die Schule, der den Schwerverletzten untersuchte. Die Franzosen gaben ihn, obwohl der Arzt feststellte, daß Traub lebensgefährlich verletzt sei, nicht heraus. Wie wir weiter entnehmen, wurde Traub nach Ludwigshafen gebracht, wo er inzwischen gestorben ist. Ein weiterer Polizeibeamter, Polizeiwachmeister Sandriffer, wurde in der Neckarstadt von den Franzosen festgenommen und nach Ludwigshafen verbracht.

Zwei Personen schwer verletzt.

Mannheim, 19. Mai. In der vergangenen Nacht kurz vor 12 Uhr eröffnete die französische Wache an der Friedrichs-

brücke ein regelrechtes Schnellfeuer auf Vorübergehende und auf einen Straßenbahnwagen. Es wurde blindlings nach allen Richtungen geschossen. Vor allem wurde das Feuer gegen den vollbesetzten Straßenbahnwagen gerichtet. Nach dem Bericht von Augenzeugen sind etwa 120 bis 150 Schüsse von den Franzosen abgegeben worden. Bisher wurden zwei Schwerverletzte in das Krankenhaus eingeliefert. Ihre Namen sind Adam Rösch, und Karl Rühl (Eggenstraße 4). Mehrere Kugeln schlugen gegen die Häuser der Mag. Josef- und Schimperstraße, sowie gegen den Weinheimer Bahnhof. Auch der Straßenbahnwagen wurde von einigen Kugeln getroffen, von denen eine in den Motor ging und den Wagen vorläufig unbrauchbar machte. Der Grund zu der verbrecherischen Schieberei ist bisher noch unbekannt.

Die Raubzüge auf Kassen.

Düsseldorf, 18. Mai. Die Franzosen haben Erwerbslosengelder in Höhe von 11 Millionen Mark beschlagnahmt. Im ganzen sind bisher 420 Millionen Erwerbslosengelder beschlagnahmt worden.

Der Möbelraub als Regel.

Frankfurt a. M., 16. Mai. Nach einer Meldung aus Coblenz werden die Möbel der ausgewiesenen Beamten von jetzt ab nicht mehr herausgegeben.

Die Angst der Berräter.

Bonn, 18. Mai. Drei Bahnangestellte, die hier in den Dienst der französischen Regie eingestellt sind, werden auf dem Wege von und nach ihrer Arbeitsstätte von Marokkanern begleitet und beschützt. Eine Frau, die auf dem von ihr gepachteten Grundstück Gemüse holen wollte, wurde von einem der deutschen Berräter mit Erschießen bedroht.

Kommunistische Helfershelfer.

Mitten im nervenspannenden Kampf gegen die Willkürherrschaft der Franzosen sehen die Kommunisten ihre zersetzende Wirksamkeit im Ruhrgebiet fort. Wiederum ist es ihnen gelungen, es bis zu offenem Aufruhr zu treiben. Aus Dortmund wird berichtet: Anschließend an eine Versammlung von ihnen aufgebotener streikender Bergleute der beiden Zechen „Kaiserstuhl“ bildete sich ein starker Demonstrationzug, mit mehreren kommunistischen Hundertschaften, die mit Knüppeln und Hacken bewaffnet waren, an der Spitze. Der Zug bewegte sich zur Zeche „Minister Stein“, um die dort Arbeitenden zur Arbeitseinstellung zu bewegen. Die die Zeche besetzt haltenden Polizeibeamten des dortigen Bezirks wurden mit Steinen und Steinwürfen angegriffen. Auch fielen mehrere Schüsse aus der Menge. Im Augenblick des Eintreffens von Verstärkungen für die Beamten, die gleichfalls mit einem Steinhagel empfangen wurden, waren die Tore zur Zeche gewaltsam geöffnet worden. Die Polizeibeamten machten von der Waffe Gebrauch, wobei ein Zivilist lebensgefährlich verletzt wurde. Der Platz wurde von der Polizei gefäubert. Von den Polizeibeamten sind durch Steinwürfe und Messerstiche 6 schwer und 3 leicht verletzt worden. Auf dem Zechenplatz der Zeche „Dorfien“ wollten kommunistische Hundertschaften die Belegschaft zur Ausfahrt zwingen. Bei dem Versuch, die Einbringlinge an der gewaltsamen Einfahrt zu hindern und den Zechenplatz zu räumen, wurden die Beamten angegriffen, von denen einige verletzt wurden. Schließlich konnte der Platz geräumt werden, sodas die Morgenschicht der Belegschaft ungestört weiterarbeiten vermochte.

Die Revision im Krupp-Prozess verworfen.

Düsseldorf, 18. Mai. Die gegen das Verdener Urteil von Herrn Krupp von Bohlen-Halbach, sowie den Kruppischen Direktoren eingelegte Revision ist heute von dem Revisionsgericht in Düsseldorf verworfen worden. Dagegen ist die vom Betriebsrat Müller eingelegte Revision zugelassen worden.

Das Düsseldorfer Revisionsgericht hat, wie nicht anders zu erwarten war, das Verdener Schandurteil, soweit es sich auf die verurteilten Direktoren der Kruppwerke bezieht, bestätigt. Alle Gründe der Verteidigung wurden von vornherein abgelehnt und es scheint, als ob die Richter ihre Entscheidung gleich sit und fertig in Maschinenschrift mitgebracht haben. Sie haben sich auch über den Einwand hinweggesetzt, den unlängst das französische Blatt „Deuore“ erhoben hat, daß nämlich die Gefängnisstrafe von 15 Jahren dem französischen Recht widerspreche, das für militärische Strafprozesse als Gefängnisstrafe die Höchstzahl von 5 Jahren kennt. Alles das zeigt, worüber man sich in Deutschland ja ohnehin nicht im Unklaren war, daß die Entscheidung mit Recht und Gerechtigkeit nichts zu tun

Schicksalswende.

Roman von A. Klinger.

25) Nachdruck verboten.

Hier brach das Schreiben ab. Almida aber hatte sich eine sanfte Wehmut bemächtigt. Der dumpfe Druck war von ihrer Seele gewichen. Ja, er hatte recht, ihr lieber, einziger Papa, nie würde sie an ihn anders, als an ihren Vater denken können, nie anders, als in heißer Dankbarkeit und kindlicher Liebe. Sie wußte es, daß sie sein Alles gewesen, Er hatte sie grenzenlos verzärtelt, ihr jeden Wunsch aus den Augen gelesen.

O, wie wunderbar schön war ihr Leben bis zum heutigen Tage gewesen, selten wurde wohl eine Tochter so von elterlicher Liebe umhegt, wie sie. Und doch war ein straffer Zug in der Erziehungswelt ihrer Eltern gewesen, der sie vor Verweichlichung bewahrte.

Sie kannte genau die Grenze, wie weit sie dem Papa gegenüber gehen durfte in ihrem Eigenwillen und gelegentlichen Uebermut, und nie wäre es ihr eingefallen, diese Grenze zu überschreiten. Und wie wohl hatte es ihr immer getan, wenn er sie ihrer Verständigkeit und Bescheidenheit wegen gelobt.

O lieber, lieber Papa, Du warst meine Sonne, meine Welt, o, daß der Himmel Dich so früh mir nehmen mußte! ging es ihr mit einem Aufschluchzen durch den Sinn, und mit bangem Erschauern fühlte sie, daß nun alles aus ihrem Leben säiden würde, was schön und angenehm, daß ihr Dasein jetzt öde und hart werden mußte.

Sie war stark. Sie schreckte vor dem Kampf, der ihr bevorstand, nicht zurück, aber die Erkenntnis, aus einem Paradiese vertrieben zu werden, erfüllt jeden Sterblichen mit heißem, bitterem Weh. Und ein Paradies war dieses Haus, seine Umgebung und alles, was sich damit verknüpfte, für Almida gewesen.

Ein mildes Aufschluchzen durchschüttelte von neuem ihren zarten Körper. Sie vernahm nicht das Vorfahren eines Autos,

nicht die schnellen Schritte, welche die Treppe hinaufstiegen, nicht das Öffnen der Tür.

„Almida! Geliebte!“  
Verwirrt, verstört, im höchsten Grade erschreckt blickte sie auf.

Hubert stand vor ihr.  
Sie konnte es nicht fassen, sie glaubte zu träumen, „Du — Du hier?“ stammelte sie unsicher.

Hubert riß die schlankte Gestalt im Trauerkleide in seine Arme in überwältigender Leidenschaft. Es hätte nicht viel gefehlt, so hätte er mit eingestimmt in ihr sungsloses Weinen, so weh tat es ihm, sie ganz im Schmerz aufgelöst zu sehen.

Er küßte ihr die Tränen von den Augen Er tröstete: „Fasse Dich, Herzlieb, ich bin ja bei Dir! In meinem Herzen ist nun Dein Platz. Deinem lieben Papa werden wir allezeit ein inniges Andenken bewahren, denn er war der Besteiner. Und ich will ihn Dir zu ersetzen suchen, will Dich so glücklich machen, Liebste, wie es nur in der Macht eines Menschen steht. Meinem Schutze hat Papa Dich anvertraut, mich für würdig befunden, sein höchstes Kleinod zu behüten, zu beschützen. Er hat unsere Liebe gesegnet, Almida, ist das nicht Trost in allem Leid?“

Mit einem wehen Aufschreuen wand sich Almida aus seinen Armen. Sie rückte fort von ihm.

Er wollte sie wieder an sich ziehen. Sie wehrte ihm mit erweichender Energie. Sie zwang die Tränen zurück.

„Laß mich, Hubert, höre mich an! Wir —“, ihre Stimme schwankte, doch tapfer fuhr sie fort: „Wir müssen uns trennen. Ich bin nicht die, für welche Du mich hältst, sondern ein aus dem Staube aufgelesenes bettelarmes Geschöpf niedriger Herkunft, welches wieder in Armut und Niedrigkeit zurücksinkt, nun sein edler Beschützer ihm entrisen worden. Deine Eltern, wissen das, daher versagten sie ihre Einwilligung zu Deiner Verlobung. Und wenn Du selbst eine Ahnung gehabt hättest —“

„Ich weiß alles, Liebster. Dein Vater hat mir die Wahrheit nicht vorenthalten. Und wenn es so wäre, daß Du bettelarm aus seinem Hause gingest, glaubst Du, daß ich Dich, Almida,

darum weniger lieb hätte? Tagelst Du mich so niedrig, daß meine Liebe äußerer Verhältnisse wegen schwächer und stärker werden könnte?“

„Du wußtest es?“ staunte Almida, „und doch —?“

Er nickte. „Ich erzähle Dir das alles noch ausführlich. Jetzt will ich nur, trotzdem es eigentlich nicht gesagt zu werden brauchte, Dir erklären, daß Du mein Weib wirst allen Wehsefallen zum Trost, die über Dich hereinbrechen könnten. Aber sei beruhigt! Nicht als Bettlerin steht Du vor mir, Dein Vater hat Dich testamentarisch zu seiner Universalerbin eingesetzt. Ich selbst habe das Testament gesehen. Ich kenne das Fach seines Schreibstisches, in welchem es aufbewahrt liegt.“

Ein heller Schein leuchtete auf in Almidas schönen Augen, erlosch jedoch sofort wieder. „Franz betrachtet sich bereits als einzigen Erben und Herrn hier. Er hat mir erlaubt, noch drei Tage im Hause zu bleiben. Dann muß ich es verlassen. Ich habe in meiner Kasse vierzigtausend Mark zur Beschaffung einiger Herbst- und Gesellschaftskleider. Das Geld ist mein Eigentum. Es muß reichen, bis es mir gelungen ist, mir eine Existenz zu schaffen. Frau von Herbst hat mir angeboten, als ihre Tochter bei ihr zu bleiben. Sie ist nicht unbemittelt und bezieht eine angemessene Pension. Aber ich habe ihr gütiges Anerbieten abgelehnt. Mein Scheindasein soll aufhören. Ich will mir, gleich tausend anderen Frauen, meinen Unterhalt erwerben, als Pflegerin oder Gesellschaftlerin einer älteren Dame. Eine solche Stelle wird doch wohl zu finden sein.“

„Da müßte Dir das Anerbieten der Frau von Herbst doch eigentlich sehr gelegen kommen, mein Herz?“

Almida machte eine verneinende Bewegung. „Sie würde mich auch wieder verwöhnen und verzärteln, und ich lerne den Ernst des Lebens nicht kennen, oder vielmehr erst dann, wenn ich noch schwerer darunter leiden würde, als jetzt. Und dann erst müßte ich mein Leben für verpfusht und verfehlt halten!“



hat. Nur in einem Punkt soll das Urteil revidiert werden, nämlich in Bezug auf die Beurteilung des Betriebsratsmitglieds Müller. Hier sind offenbar die Werbener Richter über die Pariser Wünsche hinausgegangen. Wenn auch an sich diese Strafe noch wesentlich geringer war als die gegen die Kruppdirektoren. Die Pariser Politik läuft ja seit langem darauf hinaus, zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einen Keil zu treiben und so die deutsche Abwehrfront zu zermürben. Daß Müller überhaupt verurteilt wurde, gefällt offenbar den hohen Herren in Paris nicht und sie glauben nun, durch eine Herabminderung der Strafe gegen Müller oder gar durch einen Freispruch die Arbeiterschaft für sich gewinnen zu können. Das scheint den Franzosen um so erforderlicher zu sein, als sie neuerdings wieder ernsthaft den Gedanken eines Waffenstillstandes ventillieren. Die „Times“ hat gestern schon von diesem Gericht Remittis gegeben und beschäftigt sich nun noch einmal eingehender mit dieser Frage. Für Deutschland ist jedoch jeder Vorschlag der darauf hinausläuft, daß wir die Waffe des passiven Widerstandes aus der Hand legen sollen, ehe es überhaupt zu Verhandlungen kommt, undiskutabel. Aus dem Waffenstillstand von 1918 hat man die Lehre gezogen, daß man sich nicht waffenlos dem Gegner ausliefern kann. Dieser Standpunkt wird bekanntlich auch von der Sozialdemokratie geteilt, die wiederholt betont hat, daß der passive Widerstand erst aufgegeben werden könne, wenn eine Einigung in den Verhandlungen erzielt sei, nicht etwa aber vor Beginn der Verhandlungen. Das entspricht auch den Anschauungen der gesamten Bevölkerung des Ruhrgebietes, mit denen die Regierung zu rechnen hat. Keine deutsche Regierung würde daher in der Lage sein, den passiven Widerstand, der spontan aus der Bevölkerung hervorgegangen ist, gegen den Willen dieser Bevölkerung abzublenden.

**Vollendetes Unrecht in Oberschlesien.**

Die oberschlesische Grenzkommission hat nunmehr im Nord- und Südschnitt der neuen deutsch-polnischen Grenze endgültige Entscheidungen getroffen. Ausgenommen ist noch die unerledigte Frage der Delbrückschichte. Am Nordabschnitt bestehen die Grenzänderungen im wesentlichen im Austausch einzelner Wald- und Feldstücke im wirtschaftlichen Interesse der beteiligten Besitzer oder Gemeinden. Das Gelände am Mühlloch des tiefen Friedrichstollens wurde Deutschland überlassen. Dagegen mußte Deutschland Polen die Kontrolle des Stollens durch einen besonderen Vertrag zuerkennen. Weniger befriedigend für uns sind die Entscheidungen im Südschnitt. In verschiedenen wichtigen Punkten vermochten weder die Anstrengungen der unmittelbar betroffenen deutschen Bevölkerung, noch die Bemühungen der deutschen Unterhändler der Grenzkommission die deutscherseits erstrebten Änderungen herbeizuführen. Gurek und Stadoll bleiben zwar bei Deutschland, dagegen gab die Kommission der auf den Wortlaut des Genfer Diktats gestützten Forderung Deutschlands, die Gemeinde Niebotzschau Deutschland zuzuerkennen, nicht statt. Zwar gab sie die Richtigkeit der deutschen Auslegung zu, beharrte aber darauf, daß Niebotzschau an Polen entfällt. Auch die Ortschaft Hohenbirken wird nicht an Deutschland zurückgegeben. Diese wurde durch das Genfer Diktat Polen zugesprochen. Das Gebiet ist aber für die Lebenshaltung der Stadt Ratibor von außerordentlicher Bedeutung. Das Gut Hohenbirken ist sogar städtischer Besitz Ratibors. Die alliierten Kommissare erkannten die wirtschaftliche Ungerechtigkeit der Zuteilung an Polen an, wollten sich aber durch starkes Festhalten an der Zuteilung an Polen offenbar vor der peinlichen Notwendigkeit beharren, bei der Botschafterkonferenz und dem Völkerbundsrat erstmalig eine Abänderung eines Punktes des Genfer Vertrags vorzuschlagen zu müssen. Der Zeitpunkt für die Befestigung der neuen Grenze wird erst festgestellt wenn katastermäßig die Grenzführung in allen Einzelheiten festgelegt sein wird.

**Polnische Gewaltpläne.**

In Berlin waren dieser Tage sehr bestimmt auftretende Gerüchte verbreitet, die polnische Regierung beabsichtige, in nächster Zeit die Danziger Zollgrenze militärisch zu besetzen und die Danziger Zollbeamten ihres Dienstes zu entheben. Die Grenze solle mit polnischen Zollbeamten besetzt werden, die unter militärischer Bedeckung ihren Dienst insbesondere nach der ostpreussischen Grenze hin zu versehen hätten. Der Anmarsch der Truppen solle von Dirschau aus erfolgen. Die polnische Regierung leugnet nun derartige Gewaltpläne natürlich ab, gleichzeitig rückt sie aber gegen die Danziger Regierung wegen anderer Streitfragen mit so großem Geschick vor, daß ihre Ablehnung stark entwertet wird. In dem Sejm-Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten sprach am 16. Mai, Minister Skrzypski über das Verhältnis der Freien Stadt Danzig in Polen. Er erklärte, daß die polnische Regierung entschlossen sei, dem Vorgehen des Danziger Senats ein energisches Veto entgegenzusetzen und die im Friedensvertrag vorgesehenen Rechte Polens zu fordern. Danzig suche die polnischen Souveränitätsrechte in Abrede zu stellen. Diesem Streben müsse ein Ende gesetzt werden. Unbegründet und aus der Luft gegriffen seien jedoch Nachrichten, als ob Polen seine unzweifelhaften Rechte unter Anwendung von Gewalt zur Geltung zu bringen beabsichtige. Die Glaubwürdigkeit solcher Versicherungen wird in Deutschland nicht hoch eingeschätzt. Polen, dieser Größenwahnsinnfall des stärkeren Frankreich, hat noch nie, seit Deutschland sich auf Gnade und Ungnade der Willkür seiner Gegner ausliefern mußte, eine Gelegenheit verpasst, sich an der Wehrlosigkeit zu vergreifen, sich an der Armut zu bereichern und an unserer Schwäche zu stärken. Dauern des Glück macht rnerfüllt. Und so erleben wir es heute in einer Stunde, in der wir uns mit letzter Kraft gegen den Angriff Frankreichs verteidigen, während alle übrige Welt neutral oder passiv bleibt, daß Polen auch noch seine Hand auf Danzig ausstreckt. Es trifft sich mit der Spannung in Danzig, daß der polnische Ministerrat sich soeben erst mit der Danziger Frage beschäftigt und beschlossen hat, den Völkerbundsrat anzurufen, der Danzig über seine Vertragsverpflichtungen belehren soll. Ist eine Sache schon bis zum Völkerbundsrat gediehen, so können wir uns tatsächlich auf das schlimmste gefaßt machen.

**Die Politik der Tschechen.**

Berlin, 17. Mai. Der tschechische Minister des Aeußern, Beneš, hatte mit dem Pariser Berichterstatter des „Petit Parisien“, der Marschall Foch auf seiner Reise begleitet, eine Unterredung und machte dem Journalisten folgende Erklärung: Da wir kein militärisches Abkommen mit Frankreich haben, steht die Frage unserer militärischen Lage nicht auf der Tagesordnung. Gewiß wird Marschall Foch die von der französischen Militärkommission geleistete Arbeit prüfen und damit unseren militärischen Organismus und unsere Soldaten kennen lernen. Die beste Friedensgarantie in Mittel- und Osteuropa würde

ein Einverständnis zwischen der Tschecho-Slowakei und Polen sein. Dies Einverständnis ist notwendig und wird kommen. Alle diejenigen, die sich dem widersetzen, sind kurzfristige Philister. 300 Jahre haben wir gekämpft, aber in drei Jahren haben wir es dahin gebracht, eine Zusammenarbeit abzuschließen, die den Schiedspruch obligatorisch macht. Wir haben unserem Feind von gestern eine halbe Milliarde Kronen geliehen. Das Einverständnis mit ihm ist vollkommen, und wir werden auch dazu kommen, mit Polen eine Frage zu regeln, die viele Millionen Menschen interessiert. Die Prestigepolitik muß aufgegeben werden. Wir müssen unsere Meinungsverschiedenheiten dadurch regeln, daß wir zu einer realistischen Politik zurückkehren.

**Rücktritt Bonar Law's.**

London, 21. Mai. Bonar Law reichte aus Gesundheitsrücksichten sein Abschiedsgesuch ein. Bonar Law hat auf dem dringenden Rat der Ärzte seine Demission eingereicht und der König hat sein Gesuch mit dem Ausdruck tiefsten Bedauerns angenommen. Nach einer Mitteilung der Downing Street hat sich Bonar Law's Gesundheitszustand auf der Reise nicht gebessert. Die Ärzte haben folgenden Bericht ausgegeben: Die Stimme des Premierministers ist noch unbefriedigend. Sie können eine Besserung in absehbarer Zeit nicht in Aussicht stellen. Das Allgemeinbefinden des Premierministers ist nicht gut.

Innerhalb der konservativen Partei ist die Auffassung über die Nachfolgerschaft Bonar Law's immer noch geteilt, ob der Außenminister Curzon oder der Schatzkanzler Baldwin der geeignete Nachfolger Bonar Law's sein soll. Die Times befürwortet ein Kabinett Curzon, während die ultrakonservative Morning Post für Baldwin eintritt. Der Oberster, der den Eintritt der Chamberlaingruppe ins Kabinett befristet, schlägt Balfour als Ministerpräsidenten vor, der allein geeignet sein würde, die Gegensätze innerhalb der Regierungspartei zu überbrücken.

**Der neue englische Ministerpräsident.**

London 22. Mai. Der König hat den bisherigen Schatzkanzler Stanley Baldwin zum Premierminister ernannt.

Baldwin ist 56 Jahre alt, seit 1908 gehört er dem Unterhaus als konservativer Abgeordneter an. Erbe 1922 trat er in das Ministerium Bonar Law. Für die Ernennung Baldwins war offenbar ausschlaggebend, daß er Mitglied des Unterhauses ist. Das Blatt „Daily Telegraph“ schreibt: Es besteht die Ansicht, die von Ministern und einer beträchtlichen Zahl nicht-offizieller Mitglieder geteilt werde, daß der Premierminister heutzutage einen Unterhausisj einnehmen müsse. Die Regierung stehe im Unterhaus einer starken und energiegelassen Opposition gegenüber, deren Angriffe die Anwesenheit vieler führender Mitglieder auf der Regierungsbank erfordere.

**Die Friedensmöglichkeiten von 1917.**

Der zweite Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Reichstags, beauftragt mit der Untersuchung der Friedensmöglichkeiten im Jahre 1917, befahte sich mit einer weiteren Gruppe von Zeugniserklärungen und nach Prüfung der einschlägigen Dokumente mit der sogenannten Briand-Lanckenschen Aktion, die auf Grund französisch-belgischer Anregungen, im Frühjahr, Sommer und Herbst 1917 ein Zusammentreffen dieser beiden Persönlichkeiten im neutralen Ausland zur gemeinsamen Erörterung der Friedensmöglichkeiten zum Ziel hatte, v. d. Lancken begab sich verabredungsgemäß in die Schweiz und empfing zunächst am 21. Sept. die Mitteilung, daß Briand seine Reise aufschließen müsse. Darauf verließ der deutsche Diplomat die Schweiz, hielt sich aber nach wie vor zur Verfügung, die Angelegenheit verließ dann im Sande, da französischerseits keine neue Anregung erfolgte. Daß der Plan nicht zur Ausführung kam, hing mit den Erwägungen der französischen inneren Politik und der allgemeinen Kriegslage zusammen. Es sind Anzeichen dafür vorhanden, daß die Aktion Kaiser Karls-Prinz Sigtus von Bourbon auf den französischen Entschluß von Einfluß gewesen sei.

**Die Steuerflut am 1. Mai.**

Nach der Uebersicht über die Geldbewegung bei der Reichshauptkasse für das erste Maidrittel sind infolge des Eingangs der Ende April fälligen Steuern die Abflüsse der Finanzkassen von 178 Milliarden Mark im letzten Aprildrittel auf 577,4 Milliarden, also um rund 400 Milliarden Mark gestiegen. Annähernd um den gleichen Betrag ist die Zunahme der schwebenden Schuld gegenüber dem letzten Aprildrittel zurückgeblieben, die Zunahme der schwebenden Schuld, die im März rund 100 Milliarden und im April rund 61 Milliarden Mark täglich betrug, ist vom 1. Mai auf 10,5 Milliarden Mark im Tagesdurchschnitt zurückgegangen. Dies ist ermöglicht worden, obwohl für die Ausführung des Friedensvertrages und für Maßnahmen aus Anlaß des Ruhrbruchs erhöhte Ausgaben zu leisten waren, und obwohl die Reichsbahn die Reichskasse wiederum in härterem Maße in Anspruch genommen hat. Ohne diese besonderen Aufwendungen hätte sich ein sehr erheblicher Ueberschuß zugunsten der allgemeinen Reichsverwaltung ergeben. Aus der Zwangsanleihe gingen 22.919.500.000 Mk. ein. Die schwebende Schuld hat um 105.433.780.000 Mk. zugenommen und ist damit auf 8.547.536.617.000 Mk. gestiegen. Die Reichspost konnte 39.144.596.000 Mk. abliefern, während die Reichsbahn 296.025.766.000 Mk. abgeben mußte.

**Die Kohlenversorgung der Reichsbahn.**

Berlin, 18. Mai. Zu der Frage der Kohlenbeschaffung für die Reichsbahn wird mitgeteilt, daß die Reichsbahn bereits im Sommer 1922 infolge der durch die Reparationsverpflichtungen bedingten Verminderung der Kohlenzufuhr aus den deutschen Bezelen gezwungen war, sich englische Kohle zu beschaffen, um die aller- notwendigsten Vorräte an Betriebskohle sicher zu stellen. Die damals abgeschlossenen Verträge wurden aber alle noch im Laufe des Jahres 1922 ausgeführt. Die erneute Notwendigkeit, sich mit englischer Kohle einzudecken, ergab sich für die Reichsbahn, als nach dem Einbruch der Franzosen und Belgier das Ruhrrevier die ausreichte Versorgung der Reichsbahn mit fektländischer Kohle auf seine äußerste gefährdet war. Nur durch die Beschaffung englischer Kohle hat eine Gewähr dafür übernommen werden können, daß der bisher nicht ins Stocken gekommene Betrieb der Reichsbahn und damit der deutschen Wirtschaft auch weiterhin nicht ins Stocken kommen wird, solange Deutschland genötigt ist, den Abwehrkampf zu führen.

**Das Abbrechen von den Nationalsozialisten.**

München, 18. Mai. Der Bayerische Kriegerbund rückt durch die Veröffentlichung eines Artikels in seinem Organ nun gleichfalls vom Nationalsozialismus ab und erklärt, daß die vaterländischen Verbände durchaus nicht in ihrer Gesamtheit die Ereignisse herbeigeführt hätten, die die bayerische Doffentlichkeit in letzter Zeit so stark beschäftigt hätten. Für diese seien lediglich die Teile der vaterländischen Gesamtverbände verantwortlich, die sich unter der Führung von Hitler und Dr. Roth zu den Kampfverbänden zusammengeschlossen hätten. Am 30. April hätten die Kampfverbände die Arbeitsgemeinschaft angenommen und seien erst in letzter Stunde durch die gemäßigten Teile der

vaterländischen Verbände von ihren schlimmen Plänen abgebracht worden. Der Kriegerbund ersucht darum dringend, daß in seine Reihen kein parteipolitische Zwiespalt und Hader getragen werde. Der Bayerische Krieger weißt darauf hin, daß der Bayerische Kriegerbund mit seinen 330.000 Mitgliedern der stärkste vaterländische Verband in Bayern sei.

**Baden.**

**Ruhrgebiet-Kinder auf dem Heuberg.**

Einer Aufforderung des Reichsarbeitsministeriums entsprechend, haben sich die großen, auf früheren Truppenübungsplätzen entstandenen Kindererholungsheime zur Aufnahme von Kindern aus dem besetzten und dem Einbruchgebiet zur Verfügung gestellt, darunter auch der Heuberg. In der zweiten Hälfte des März sind dort 1700 Kinder eingetroffen, am 25. April weitere 900, so daß die Kinderstadt fast voll besetzt ist. Fast keins der Kinder kamnte die Wohltat, im eigenen Bett zu schlafen; daß vier und sechs Kinder sich zu Hause in ein Bett teilen, ist nichts Seltenes. Die Anmeldungen aus Baden und Württemberg laufen zunächst nur spärlich ein. Selbstverständlich wird aber für diese Kinder unter allen Umständen Platz geschafft, und es steht zu hoffen, daß die badischen Entsendungsstellen in höherem Maße als es bisher geschehen ist, noch Meldungen folgen lassen. Aus Staatsmitteln ist ihnen zunächst eine Beihilfe von 400 Mark für den Verpflegung in Aussicht gestellt.

**Strompolitik des Badenwerks.**

4. Aus dem Amtsbezirk, 22. Mai. Zur Abwehr der übermäßigen Forderungen des Badenwerks haben sich die demselben angeschlossenen Bezirksgruppen zu einer Bezirksgruppe vereinigt und den Beitritt zum Landesverband Baden-Rheinpfalz des Reichsverbandes der Elektrizitätsabnehmer (Rea, Karlsruhe) e. V. beschlossen.

In einer am 16. d. Mts. zu Sinsheim abgehaltenen Besprechung hat diese Gruppe einstimmig nach einem Referat des Geschäftsführers dieses Verbands sowie des Herrn Öberingenieurs Reichert vom Verband der bad. landw. Genossenschaften in Karlsruhe folgenden Beschluß als „Vorschläge an den Haushaltsausschuß des Landtags gefaßt:

Um über die Angelegenheit der Stromrechnungsregelung in gütlicher Weise hinwegzukommen erklärt sich die Bezirksgruppe bereit, dafür nach besten Kräften bemüht zu sein, daß die Badenwerkrechnungen mit 50 Prozent der ausgestellten Höhe beglichen werden unter ausdrücklichem Protest und unter folgenden Bedingungen:

1. Die neuen Stromlieferungsbedingungen des Badenwerks, sowie die ab 1. April 1923 beabsichtigte Neuregelung der Stromverrechnung und des Geldeinzugs werden von einer Kommission, bestehend aus Vertretern des Badenwerks, der Landwirtschaft, des Gewerbes, des Handwerks und der Industrie eingehend geprüft und den tatsächlichen Verhältnissen angepaßt.
  2. Es gilt als endgültig festgelegt, daß die für Januar und Februar verlangten Strompreise des Badenwerks zu hoch gewesen sind. Dadurch zahlen die Abnehmer bei Begleichung der Rechnungen mit 50 Prozent der gegebenen Höhe tatsächlich zu viel, wofür sie entschädigt werden müssen.
  3. Dazu schlägt die Bezirksgruppe vor, daß das Badenwerk ein ganzes Jahr lang, gerechnet ab 1. 4. 23 bis 31. 3. 24 auf die nach Ziffer 1 herauskommenden Strompreise einen Nachlaß von 10 Prozent einräumt.
- Für die bereits bezahlten Januar-Februar-Rechnungen sind 50 Prozent Gutschrift an den kommenden Rechnungen in Abzug zu bringen.
- Auf diese Weise glaubt die Bezirksgruppe eine gerechte Bemessung der Strompreise erreichen zu können und die im ganzen Lande ausgebreitete Erregung zu dämpfen. Werden die unter Ziffer 1 bis 3 gemachten Vorschläge verwirklicht, so wird das Verhältnis zwischen Badenwerk und Abnehmern zufriedenstellend gestaltet und wieder Ruhe im Lande einkehren.

**Aus Nah und Fern.**

\* Sinsheim, 22. Mai. (Pfingstfeiertage.) Das Pfingstwetter war entschieden angenehmer, als man es nach den vorausgegangenen nahkalten Tagen erwartet hatte. Am ersten Feiertag schien die Sonne sogar vielfach warm und auch der zweite Feiertag gestaltete sich trotz drohender Wolkenbildung angenehm. Der Ausflugsverkehr war groß, sodaß er von den Bahnen kaum bewältigt werden konnte. Nun ist die Feiertage vorüber, die große Pause der feiertagslosen Zeit beginnt und die Pflicht ruft zu neuen Schaffen.

□ Sinsheim, 22. Mai. (Ziegenzuchtmarkt.) Der diesjährige Kreis-Ziegenzuchtmarkt des Kreises Heidelberg findet am Mittwoch, den 6. Juni in Sinsheim (Stadtweide) statt. Ziegen- und Bocklämmer, welche auf den Markt kommen, müssen mindestens 6 Wochen alt sein, jüngere müssen mit der Ziehmutter vorgeführt werden.

\* Sinsheim, 22. Mai. (Bevorstehende Posttarifhöhung.) Auf Anfrage an zuständiger Stelle in Berlin wird erklärt, daß mit einer Erhöhung der Postgebühren vor dem 1. Juli nicht zu rechnen ist. Die Reichspostverwaltung hat die Erfahrung gemacht, daß die verhältnismäßig niedrigen Gebühren eine Belebung des Postverkehrs zur Folge haben.

\* Sinsheim, 22. Mai. (Neuwahl der Steuerzuschüsse.) In den nächsten Wochen müssen Neuwahlen für die Steuerzuschüsse stattfinden, da die Zuständigkeit der bisherigen Zuschüsse am 30. Juni ds. Js. abläuft. Für die Wahlen ist der Bezirksrat oder Bürgerausschuß zuständig, je nachdem der Steuerbezirk sich über mehrere Gemeinden erstreckt oder nur eine Gemeinde umfaßt. Berufsvereinen, Wirtschaftsverbänden und sonstigen Interessenten steht es frei, Wahlvorschläge an die genannten Wahlorgane einzubringen.

\* Sinsheim, 22. Mai. (Erhöhung der Zementpreise.) Auf Grund der Kohlenpreiserhöhungen werden auch die Zementpreise entsprechend dem prozentualen Anteil der Kohlen an der Zementherzeugung erhöht. Sie betragen nunmehr ab 18. Mai im Gebiet des Süddeutschen Zementverbandes 1930 575 für 10 000 Kilo ohne Verfrachtung und Verpackung.

\* Sinsheim, 22. Mai. (Keine Personenschiffahrt auf dem Neckar mehr.) Die Personenschiffahrt auf dem Neckar, die in früheren Jahren außerordentlich viel benutzt wurde, in den letzten Jahren aber unter Druck der Zeitverhältnisse stark eingeschränkt war, soll in diesem Jahr überhaupt nicht mehr aufgenommen werden. Die Neckarampfschiffahrtsaktiengesellschaft schreibt dazu folgendes: Die Kosten für die Betriebsstoffe Löhne usw. sind so außerordentlich hoch, daß wir selbst bei sehr hohen Fahrpreisen mit großen Verlusten rechnen müßten, da erfahrungsgemäß mit den hohen Fahrpreisen die Zahl der Fahrgäste abnimmt. Vielleicht liegen die Verhältnisse im nächsten Jahre wieder günstiger.

— Heidelberg, 18. Mai. (Milliardenpende.) Der Universität Heidelberg wurden durch Vermächtnis der Witwe des aus Deutschland stammenden Industriellen Dr. Mond-Condou 50 000 englische Pfund, d. i. etwa 10 Milliarden Mark, zugewendet.



